

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unbenutzte eingekaufte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 282

Mittwoch, den 4. Dezember 1918

13. Jahrgang

Clemenceau plant Wiederaufnahme des Krieges.

„Deutsche Bolschewisten.“

Um jedermann erst einmal vor Augen zu führen, wie das gelobte Land der Bolschewisten in Wirklichkeit aussieht, ehe wir ein Wortchen an unsere deutschen „Bolschewisten“ richten, bringen wir in wortgetreuer Uebersetzung Teile eines Briefes, der an eine in hiesiger Gegend lebende Finnländerin gerichtet ist und vor einigen Tagen ankam.

Helsingfors, den 27. Oktober 1918.

Wie Du siehst, sind wir endlich von Petersburg hier in Helsingfors eingetroffen. Du kannst Dir denken, daß wir nichts unversucht gelassen haben, um hierher zu gelangen. Unter ungeheuren Schwierigkeiten und mit großen Anstrengungen gelang es uns, hierher zu kommen. Unsere Wohnung mit allem Möbels und Hausgeräten mußten wir im Stich lassen, aber das ging uns ja nicht allein so. Wir sind doch so glücklich, daß wir all dem Leid nun entronnen sind. Menschen und Tiere liegen dort in Petersburg haufenweise auf den Straßen herum, gestorben infolge Hungers und Entbehrung. Dazu hierher Strahlen und Schrecken aller Art. Aber fort aus Petersburg läßt man trotzdem niemand. Jederfall herrscht eine nicht zu beschreibende Unordnung. Mord und Mordanschläge sind an der Tagesordnung. Man konnte keine Nacht ohne Angst und Sorge schlafen und lebte wie im 11. Jahrhundert! Keine Post, keine Bahn, keine Zeitung, usw. So ist es nun seit Weihnachten. — — — 3 Wochen waren wir unterwegs, und Du kannst Dir wohl denken, wie mühselig das war. Ich mußte unterwegs 3 Wochen in einem Stranzenhaus bleiben, denn der Hunger, die Unruhe und die unbeschreiblichen Entbehrungen hatten zu sehr auf mich eingewirkt. — — — Hier in Helsingfors ist soweit alles wohlhaft und es wäre alles gut, wenn es nur genügend Lebensmittel gäbe. Aber trotzdem ist es hier doch tausendmal besser als in Petersburg. Dort herrscht eine furchtbare Hungersnot. Wie ich mich dort eines Tages etwas weiter wie sonst hinaus auf die Straße wagte, sah ich unter anderen 9 infolge Hungers gestorbene Pferde auf einem Platz zusammenliegen. Die Menschen schreiten langsam Schritt für Schritt, geht wie die Wespenfliegen herum, bis sie zusammenbrechen. Auf den Straßen gibt es fast nichts mehr zu kaufen. Rein Mensch arbeitet, denn sie wird dort das Wort Freiheit ausgelegt. Du kannst Dir wohl vorstellen, was uns dort unser Lebensunterhalt gekostet hat. 8—4 Wochentage kosteten 10 W. Ein Liter Roggenmehl 10 W. Ein Pfund Weizenmehl 10 W. Du wirst Dich noch erinnern, wie herrlich es früher in Petersburg war. Jetzt aber sind alle Anlagen und Einrichtungen verfallen und auf den großen Plätzen liegen die bolschewistischen Kamezeden faulend herum. Die ganze Intelligenz ist schon lange geflohen, denn es wird eine furchtbare Angst nach ihr gemacht, sie wird gemordet und bedrückt, wo man ihrer nur habhaft werden kann.

Was eigener Kenntnis füge wir hinzu, daß die Presse nicht übertrieben ist, — aber daß es, auch zu diesen Preisen, nur mit größter Mühe möglich ist, auf Schleichwegen hier und da kleinste Mengen aufzutreiben. Und nun haben wir wirklich in unserer Gegend, z. B. in Auer, Teute, die Bolschewisten predigen. Steulich hatten sie allerdings nicht den Mut, sich von Anfang an als Bolschewisten zu bekennen, sondern versuchten das darben Volk durch unerschütterliche Versprechungen an sich zu locken, um erst zum Schluß einer bald stattfindigen Versammlung, als der Beifall immer noch nicht kommen wollte, aber die meisten nach Hause gegangen waren — mit lauter Stimme zu verkünden: „Da, wir sind Bolschewisten!“ — Das nennt man „Bauernfängerel.“ Und die sollte der tapferen, schwer bewaffneten Herren Bolschewisten, die das Volk „beglücken“ wollen, doch unwillig sein.

Wir möchten Ihnen raten, sich schnelligst zu verziehen! — Unsere Volksgenossen hier sind zu klug, zu ehrlich und zu arbeitsam, um sich von ihnen zum eigenen Schaden betrogen zu lassen.

Ein deutscher Protest gegen die französische Gewalt Herrschaft.

Wegen die Unannehmlichkeiten der französischen Gewalt Herrschaft gegen die Grenzgebiete Elsaß-Lothringens.

Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung ist den Vertretungen der Entente in Bern folgender Protest ausgegangen:

Den der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten zufolge sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrage festgesetzten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch jetzt noch an der Südgrenze der Pfalz zum Einmarsch bereit farbige Truppen stehen. Schon in den wenigen Tagen ihres Aufenthaltes in der Pfalz haben sich die schwarzen französischen Truppen Notzuchtverbrechen und au-

bere Ausschreitungen auszulösen kommen lassen. (Wir haben darüber schon gestern berichtet. Die Red.) Die deutsche Regierung muß sich aufs schärfste dagegen verwahren, daß der Bevölkerung des von der Entente zu besetzenden deutschen Gebiets eine farbige Besatzung zugemutet werde. Sie hat das Recht, zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, der nach der ihr feierlich erteilten Versicherung einen Frieden des Rechts herbeiführen und den Bund der Völker einleiten solle, in einem Geiste gehandhabt werde, der diesem hohen Ziele und den allgemeinen Empfindungen der Menschlichkeit entspricht. Die Uebersetzung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Hochn auf das Gefühl der Gemeinschaft der weißen Rasse, ein Gefühl, das auch die Gegner gegen stellen, zumal, da sie nach ihren Erklärungen nach Beendigung des Krieges in einen Völkerbund zusammenzutreten gewillt sind.

Marshall Foch hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa telegraphisch angezeigt, daß die Grenzen Elsaß-Lothringens gegen Baden, die Pfalz und Luxemburg bis auf weiteres, voraussichtlich für etwa zehn Tage gesperrt werden. Dabei wird das Gebiet von Saarbrücken und Saarlouis in die abschlößbringliche Grenze einbezogen. Unter diesen Umständen sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, gegen die Anordnung des Marschalls Foch schärfste Verwahrung einzulegen.

Wie die „Nöln. Ztg.“ aus Bern berichtet, hat Foch sein Einverständnis mit dem von Staatssekretär Bergberger gemachten Vermittlungsvorschlag erklärt. (Es handelt sich um den gegenüber dem gestern erwiderten Ultimatum Fochs betreffend die Auslieferung der besten Lokomotiven gemachten Vorschlag Bergbergers, die in Reparatur befindlichen Lokomotiven (siehe Seite 1) zum 1. Februar 1919 anzuliefern.)

Die „Nöln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Von vollständiger Seite hören wir, daß mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes nur dann gerechnet werden kann, wenn die deutsche Regierung bereit ist, noch schärfere Bedingungen zu übernehmen.

Ein neues deutsches Verbot zum dem Verbot.

Aus Berlin wird gemeldet, daß eine neue deutsche Note an Amerika und die Alliierten bevorsteht, die das offizielle Ersuchen um Verhandlungen über einen Präliminarfrieden ausdrückt.

Die französischen Vorkämpfer des Verbundes.

Im französischen Heeresauschuß hat Unterstaatssekretär Brami in Vertretung des Ministerpräsidenten am Sonnabend bekannt, daß eine Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch den Feind dem General Foch die Aktionsfreiheit wiedergebe. Die Entwicklung der inneren Verhältnisse in Deutschland wurde als besorgniserregend bezeichnet. Wie die schweizerischen Blätter melden, gehen aus Paris unausgesetzt Truppenzüge nach der deutschen Grenze ab. Die französischen Nordbahnen sind seit Sonnabend mitternacht gesperrt.

Der „Wasser Weg“ meldet aus London, die Stärke der neuen englischen Truppentransporte nach dem Festland beträgt über 800 000 Mann.

Laufing gegen einen Weltkrieg.

Der „Herald“ meldet aus New York: Auf die Anfrage mehrerer Senatoren im Senat erwiderte Lansing, es finde keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten, sondern eine freie Aussprache statt.

Eine Erklärung Wilsons.

Eine Bolschewisten Erklärung an den Senat.

In einer Sitzung des Kongresses zu Washington erklärte Präsident Wilson: Er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde, und trat für das neue, auf drei Jahre berechnete Flottenprogramm ein, da es für einen unerschütterlichen Ver-

such halte, das Flottenprogramm einer künftigen Welt-politik anzupassen, die noch ganz unbestimmt sei. Er halte es für seine oberste Pflicht, vollen Anteil an der Friedenskonferenz zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert hätten.

Geneigte zwischen Amerika und dem Alliierten?

Die amerikanischen Blätter berichten, daß zwischen dem amerikanischen General Pershing und den Alliierten große Differenzen in der Friedensfrage bestehen. Man erwartet deshalb, daß die Friedensverhandlungen einen sehr stürmischen Verlauf nehmen werden.

Keine Wiederholung der Waffenstillstandsbedingungen.

Keber die nachgefasste Wiederholung der Waffenstillstandsbedingungen zur See ist eine Antwort von Admiral Beatty eingegangen: Eine Wiederholung der Bestimmungen betreffend Handelsfreiheit und Fischerei in der Ostsee wird vorläufig nicht ein.

Amerikanische Vorkämpfer des Verbundes.

Sanjing hat den amerikanischen Staatsangehörigen empfohlen, der Regierung binnen 80 Tagen mitzutellen, welche Dienste sie durch den Untereisewerkrieg an Landung oder persönlichen Werten, die nicht oder nur teilweise versichert waren, erlitten haben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um amerikanische oder ausländische Güter handelt.

Die Kosten des Krieges.

Der „Wörterbuch“ meldet: Der französische General Dubens hat der deutschen Kommission eine Note abgegeben, in welcher für die europäischen Kriegsanforderungen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 54 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen ist am 5. Dezember in Brüssel, weitere 80 sind am 12. in Brüssel abzuliefern. Forderungen über weitere Kosten der Besatzung werden noch bekannt gegeben.

Zur inneren Lage.

Die Kaiserfrage.

Der bekannte Berliner Rechtslehrer Professor Prof. Dr. Rahl äußert sich in der „Nat.-Zeitung“ zu der Frage, ob der Kaiser ausgeliefert werden dürfe und erklärt, die Forderung auf Auslieferung des Kaisers ist absolut unzulässig. Das Bürgerliche Gesetzbuch äußert zu dieser Frage ganz klar, daß ein Deutscher einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung nicht ausgeliefert werden kann. Würde irgendein Staat wegen Auslieferung an Holland herantreten, so müßte Holland erst die Genehmigung Deutschlands einholen, die aber, wie gesagt, nicht erteilt wird. Die Frage, ob Deutschland von Holland die Auslieferung Wilhelms II. fordern kann, ist dagegen zum mindesten diskutierbar. Aber auch Deutschland hat sein auf einer Reichsgrundlage beruhendes Gesetz, Wilhelm II. zu bestrafen. Einen Staatsgerichtshof, wie Bethmann-Hollweg ihn gefordert, gibt es nicht. Es wäre nun denkbar, daß die Nationalversammlung einen solchen schaffen würde, aber auch dann käme man in Konflikt mit den gesetzlichen Vorschriften, wonach die Bildung von Nationalversammlungen unzulässig ist. Schließlich wüßte Geheimrat Rahl die Frage auf, ob Deutschland verhindern kann, daß der Kaiser nach Deutschland zurückkehre. Auch diese Frage ist zu bejahen, denn es steht jedem Staatsbürger ein unentziehbares Wohnrecht zu. Deutschland könne höchstens Sicherheitsmaßnahmen fordern. Zusammenfassend bemerkt Geheimrat Rahl: Würde Deutschland in die Auslieferung eines Deutschen, sei es nun der Kaiser oder ein anderer Staatsbürger, an das Ausland einwilligen, so wäre diese eine nationale Schmach, weil Deutschland sich damit zum Mitschuldigen an einer Verletzung ohne Maß halten würde.

Der „Daily Mail“ hat das englische Kriegskabinet grundsätzlich beschlossen, die Auslieferung des Kaisers von Holland zu verlangen.

Aus Paris wird gemeldet: Die Witwe Wilson hat gegen den früheren Kaiser eine Klage wegen Mordes erhoben. (1) Ihr Mann wurde bei der Zerschlagung der Suffrag am 24. Dezember 1916 getötet.

geübt wird
notwendigen
ngliche Stelle
h auch wird
nen andere
er schlechte
häftigen sie
häftigen un
in der Sache
im vollsten
er in seinen
rden. so be
der Gesamt
Anregungen
enbahn.
n Kaufe be
t, die einor
t, der bish
ah. In der
fellschaft be
transaustra
Südaustralie
australien
isher nur die
tagoorkie
de der Wüste
f seinen be
Aufstiegen
Nunmehr ist
urch die Ver
von runde
ende schilber
der Fahrt
zum inneren
1800 Mio
Kalgorkie
eine völli
rtige Wagn
Strecke von
beizung von
enen Regen
ne, da soja
n Pflanzen
rogen sind
land finden
werden, aber
m Zustande
hoffnung zu
Weizenbau
bis zum
sgezeichnet
nen Namen
l die Farbe
ganze Reise
rth, die fast
nge in Au
kt von fast
Eine We
n, weil die
kauft, nicht
mündlich um
beim Ueber
allische Zeit
e Zone der
16 um eine
zum Ueber
gsvorkehr.
Anmeldung
arde bis auf
darin, daß
en Streden
gen werden.
stundenlange
s Geheimen
Militärober
n Kiew am
Die neue
in Berlin
Schaffung
heiten.

Verhaftung Wilhelm II.

Habs meldet aus Amsterdam: Kaiser Wilhelm II. ist von einem Herbanfall betroffen worden. Er beabsichtigt, sich in ein Sanatorium in der Umgebung von Wehrheim zu begeben. Nach einer Neutermelung werden die Mitglieder des Hofes des Kaisers, die sich in Marne aufhalten, sich nach Deutschland zurückbegeben.

Besprechungen mit Wilson.

Reuter meldet aus London: Der Korrespondent der "Morningpost" in Washington meldet, daß zwischen dem Präsidenten Wilson und den Alliierten auch die Lieferfrage zur Diskussion kommen werde. Lloyd George und Clemenceau haben gesagt, daß der frühere Kaiser und andere Vertreter der Deutschen bestraft werden müssen. Wilson hat nun wiederholt ausgesprochen, daß Milde am Platze sei.

Der parlamentarische Korrespondent der "Times" schreibt: In der Frage, Maßregeln gegen den Deutschen Kaiser zu ergreifen, kam der englische Kriegsminister zu folgenden Schlüssen: 1. Es liegt in der Macht der alliierten Regierungen, die Auslieferung des Kaisers zu verlangen. 2. Die britische Regierung wird alle nötigen Schritte tun, um die Auslieferung durchzusetzen. 3. Wenn die Auslieferung gesichert ist, muß der Kaiser um Tode verurteilt werden.

Die Abdankung des Kronprinzen.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" erfährt von maßgebender Stelle, daß die Abdankung des Kronprinzen bevorsteht. Wie es heißt, dankt der frühere Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab. Wie der "Tägl. Anz." aus der bisherigen Armeegruppe Deutscher Kronprinz mitgeteilt wird, hat sich der Kronprinz von seinen Truppen in einem aus dem Hauptquartier kommenden Tagesbefehl vom 11. November mit Worten des Dankes herzlich verabschiedet.

Frankreich und der Termin der Nationalversammlung.

Das Pariser Blatt "Homme Libre" schreibt: Die Nichtanerkennung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung innerhalb der Frist des Waffenstillstandes wird von den Alliierten als unfreundlicher Akt angesehen. Eine Nationalversammlung nach drei Monaten ist aber eine Verhöhnung der Alliierten. Wir kommen dadurch nicht um die Fortsetzung des Krieges herum.

"Homme Libre" ist bekanntlich das Organ des französischen Ministerpräsidenten. Schon lange ist bekannt, daß Clemenceau nach einem Grunde sucht, um den Krieg fortzusetzen, d. h. alles in Deutschland erobern und besetzen zu können, wonach den französischen Imperialisten das Herz steht. Nun soll offenbar die späte Ansetzung der Wahlen zur Nationalversammlung den erhofften Vorwand zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands liefern.

Ein Sonderfriebe Bayerns?

Die Züricher Blätter berichten, daß italienische Truppen München zu besetzen drohen. Hierzu schreibt das bayerische Zentralorgan, der "Bayerische Kurier": Wir brauchen nicht erst darauf hinzuweisen, was dies für Bayern bedeuten würde. Wenn die revolutionäre Regierung Bayern vor dieser Schmach und diesem Unglück bewahren will, so ist es an der Zeit, daß sie gesetliche Verhältnisse schafft und uns einen Sonderfrieden erwirkt. Sie würde sonst die Verantwortung nicht tragen für das, was über Bayern hereinbricht.

Der Pariser "Matin" schreibt zu den Vorgängen in Bayern: Die Alliierten haben ein Interesse an einer Beilegung Bayerns nur dann, wenn sie unbedingte Bürgschaft dafür besitzen, daß eine noch engere Einigung zwischen Norddeutschland und den Südstaaten einschließlich Deutsch-Oesterreich nach dem Frieden ausgeschlossen sei. Wir verstehen nicht erkennen zu können, wie solche entscheidenden Garantien erreicht werden können.

Der Vollzugsrat gegen Solf und Erzberger.

Der Vollzugsrat Groß-Berlin hat im Einverständnis mit dem bayerischen Vollzugsrat beschlossen, zu fordern: 1. daß die vom Vollzugsrat bereits gestellte Forderung, des sofortigen Rücktritts von Staatssekretär Solf schleunigst erfüllt wird; 2. daß an Stelle von Solf ein Mann tritt, der stets Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war; 3. die Zusage, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Die Untersuchung der Kriegsursachen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Quard ist zum Weigeordneten im Reichsannt des Innern ernannt worden und hat gleichzeitig den kommissarischen Auftrag erhalten, im Auswärtigen Amt gemeinsam mit Kautsky die Prüfung der Archive vorzunehmen.

Gardeforps und Gegenrevolution.

Die "Kote Jahne" in Berlin veröffentlicht einen Aufruf, in welchem sie unter Hinweis auf die Vorgänge bei der Rückkehr der Gardefanter in Berlin vor der drohenden Gegenrevolution warnt. Sie sagt u. a.: Von sechs beistehenden Offizieren geführt, mit schwarz-weiß-roten Fahnen und klingendem Spiel, unter den Tönen des "Heil dir im Siegerkranz" und anderen Kaiserlichen gegen sie demonstriert durch die Stadt. Die Aufforderung der Sicherheitsmannschaften am Marschallstallgebäude zur Abgabe der Waffen lehnte der kommandierende Offizier mit hochfahrenden Worten ab. Die Junker scharten sich um die Offiziere. Die Zurückhaltung der Sicherheitsmannschaften konnte allein ein Blutvergießen vermeiden. Arbeiter, Genossen, proletarische Soldaten, das Gardeforps ist die späteste Hoffnung der Gegenrevolutionäre. Haltet euch zum Schutze der Revolution bereit!

Verhaftung Hindenburgs gefordert.

In der Sonntag stattgehabten Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte des 19. Armeekorps stellte, wie die "Beipz. Volksztg." berichtet, der Vorsitzende des Beipziger Arbeiterrates, Seger, den Antrag, das Große Hauptquartier aufzulösen und Hindenburg zu verhaften. Die Vertreter Jritsch und Schleichner aus Chem-

nitz versuchten, Hindenburg zu verteidigen, fanden aber auf der Konferenz stürmischen Widerspruch. Der Antrag Seger wurde gegen einige Stimmen angenommen.

Unterwerfung der Reichstagsauflösung.

Die Reichsregierung hat folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach auf dessen von uns gestern veröffentlichten Protest gerichtet: Ihre staatsrechtliche Auffassung ist unbegründet. Alle Zivil- und Militärbehörden erkennen mit Recht an, daß die gesetzgebende Gewalt beim Kaiser der Volksbeauftragten ruht. Wir waren deshalb zu den von uns getroffenen Maßnahmen befugt und halten sie aufrecht. Geert. Haase.

Das Sächsische Regierungsprogramm.

Der provisorische Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens hielt gestern in Dresden eine Versammlung ab. Anwesend waren 35 Vertreter. Der Erste Volksbeauftragte Lipinski gab einen längeren Bericht über das Regierungsprogramm. Gewiß beabsichtige die neue Regierung, die Produktion zu vergrößern, aber dieses Ziel könne nur nach und nach erreicht werden. Auch eigneten sich nicht alle Betriebe für die Spezialisierung. Die bisherige Diktatur des Proletariats werde noch eine Weile andauern müssen. Für eine Kleinstaaterei sei künftig in Deutschland kein Raum. Die Regierung erstrebe eine einheitliche deutsche Republik.

Die bayerischen Soldatenräte für Einers Programm.

Die Versammlung der Delegierten sämtlicher Soldatenräte Bayerns erklärte, daß sie einmütig das vom Gesamtministerium unterbreitete Regierungsprogramm billigen. Die Soldatenräte werden alles aufbieten, in Sinne dieser Erklärung zu wirken. Ganz besonders begrüßte die Delegiertenversammlung, daß das Gesamtministerium sich als oberstes Ziel die Wahrung der Reichseinheit mit föderaltem Charakter gesetzt habe und die möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung für unbedingt notwendig erachtet.

Der mißglückte Anbiederungsverfuch.

Eine beschämende französische Antwort.

Aus Paris wird berichtet: Georges Lecomte, der Präsident der Gesellschaft der Schriftsteller, erhielt von dem Wiener Journalistenverein ein Telegramm, welches die Hoffnung ausdrückt, daß der Friedensschluß eine freundschaftliche Annäherung zwischen den Schriftstellern und Journalisten herbeiführen werde und an die französische Gesellschaft die Bitte richtet, ihren Einfluß bei der französischen Regierung geltend zu machen, damit der Wiener Vereinigung Lebensmittel zur Verfügung gestellt würden, um ihre Existenz wie die ihrer im ganzen aus 5000 Personen bestehenden Familien zu sichern.

In seiner Antwort stellte Lecomte fest, daß die deutsch-österreichischen Schriftsteller, die heute das Mißgefühl der französischen Schriftsteller erleben, nie ein Wort des Mitleids für die so grausam gequälte französische Bevölkerung, noch ein Wort der Entrüstung gegen die Urheber der in Frankreich und Belgien begangenen Verbrechen hatten. Er schließt mit den Worten: Wir werden unseren Einfluß bei unserer Regierung ausbieten, um sie zu den strengsten Vorsichtsmaßnahmen anzuspornen, damit wir einen Frieden erhalten, der euch hindert, uns zu schaden und uns alle Wiederherstellungen, Gutmachungen und Sicherheiten gewährleistet, die unsere friedliche Arbeit benötigt. Was die Lebensmittel anbelangt, so werden wir uns erst mit euch beschäftigen, wenn die mißhandelten Bevölkerungen von Nordfrankreich, Belgien und Serbien nichts mehr entbehren und wenn die wie fahle Gespenster zurückkehrenden unglücklichen Gefangenen alle ihre Kräfte wiedererlangt haben. Was die von euch mit einem solchen Zynismus erwähnte Annäherung betrifft, so müßt ihr diese Hoffnung aufgeben. — Das genügt!

Kleine politische Meldungen.

Eine englische Kommission in Wilhelmshaven. Die englische Kommission in deutschen Häfen sollte gestern in Wilhelmshaven eintreffen. Die Verhandlungen werden von deutscher Seite durch Konteradmiral Dörte geführt. — Das Kommando der Hochseeflotte hat in Vertretung des erkrankten Flottenkommandos Admiral Meurer übernommen.

Für die deutschen Gefangenen. Das Auswärtige Amt in Berlin hat an die Schweizerische Bundeskanzlei eine Verbalnote gerichtet, in welcher der Entlassenen, um die Lage der Zivil- und Kriegsgefangenen, die der Verewaltung zuzurechnen, zu helfen, im Interesse der Menschlichkeit Vorschläge unterbreitet werden hinsichtlich sofortiger Verhandlungen über die Entlassung der deutschen Gefangenen, Ermächtigung für die Vertreter der Schutzmächte und der anerkannten Hilfsvereine, die deutschen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet zu besuchen und zu unterstützen, Zulassung freien Ankaufes von Lebensmitteln für die Gefangenen, deren reichliche Versorgung mit Wärme und warmer Oberbekleidung und taugliche Herbeiführung einer gesteigerten Lebensabgabenerzeugung vom neutralen und bisher feindlichen Ausland.

Militärtsächsischer Minister. Den außerordentlichen Gelanten und bevollmächtigten Ministern Hrn. Geh. Rat v. Steglitz in München, Hrn. Geh. Rat v. Köstlich-Drzewicki in Berlin und von Belgien in Weimar ist die erbetene Entlassung aus dem sächsischen Staatsdienste bewilligt worden.

Madenens Armees wachähnlich nicht interessiert. Das Auswärtige Amt teilt mit: Nach dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen in Spa über die Frage des Heimmarsches des Armees Madenen durch Ungarn besteht die begründete Hoffnung, daß die Armees nicht interniert wird und ihren Heimmarsch fortsetzen kann.

Ein Zwischenfall in Essen. Gestern mittag versuchte ein Leutnant des durch Essen ziehenden 14. Infanterieregiments mit mehreren Leuten, am Pongebäude die rote Fahge herauszuziehen. Wachmannschaften gaben auf den Leutnant und einen Mann, der die Fahge einzeln wollte, Schüsse ab, wobei der Leutnant durch einen Kugenschuß verwundet wurde. Nach 10 Minuten war der Vorfall erledigt.

Ein polnischer Anschlag auf Obereschleffen? Aus Obereschleffen wird gemeldet, In großpolnischen Kreisen wird insgeheim dafür Stimmung gemacht, am 3. Dezember, dem Tage der Wahlen zum sogenannten obersten polnischen Landesparlament, einen Handstreich auf Oberschleffen zu verüben. Es sind alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen, um etwaige Putschversuche im Keime zu ersticken.

Neue tschechische Gewaltafte. Tschechisch-slowakische Gruppen kamen am 29. November auf dem Stadtplatz in Brünn und entfernten von den Gebäuden des Soldatenrates und der Bezirksbauernschaft gewaltsam die deutsch-österreichischen Fahnen. Als die Volksmenge hierbei in Plulwitz ausbrach, eröffneten die tschechisch-slowakischen Gruppen das Feuer auf die wehrlose Bevölkerung, dem vier Tote, zwei Frauen und zwei Kinder, und zehn Verwundete, darunter vier Schwerverletzte, zum Opfer fielen. Bürgermeister Dr. Herold in Brünn wurde von tschechisch-slowakischen Gruppen verhaftet. Auf Grund langwieriger Verhandlungen wurde dann wohl seine Freilassung bewirkt, doch haben die tschechischen Machthaber nicht gestattet, daß er sich in Brünn aufhalte. Er wurde auf sein Gut Caden gebracht, wo eine Art Internierungshaft über ihn verhängt wurde. Brünn steht unter der Herrschaft der tschechisch-slowakischen Truppen.

Von Stadt und Land.

Aus, 4. Dezember.

Zusammenschluß im demokratischen Wahlverein für das Erzgebirge. Gestern fanden zwischen den Vorstandsmitgliedern des nationalliberalen Vereins von Aue und der neubegründeten Deutschen demokratischen Partei Aue und Umgebung Abmachungen dahingehend statt, sich für die Zeit bis zur Wahl der Deutschen Nationalversammlung zu gemeinsamer Arbeit im demokratischen Wahlverein für das Erzgebirge zusammenzufinden. Dieser Zusammenschluß ist ein weiteres Zeichen dafür, daß die liberalen Parteien gewillt sind, einer Zersplitterung des Bürgertumes vorzubeugen. Es wäre mit Freuden zu begrüßen, wenn auch die übrigen bürgerlichen Parteien des Erzgebirges sich diesem Wahlvereine anschließen. Die Geschäftsstelle des demokratischen Wahlvereines, die sich in Aue, Hotel Kaufmann 1 Tr. I. (Ferneuf 194) befindet, wird den Zusammenschluß der liberalen Parteien auch in anderen Orten des Erzgebirges in die Wege leiten und die Veranftaltung von Versammlungen und Aufklärungsvorträgen übernehmen.

Kostenlose Arbeitsvermittlung. Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg einschl. der Städte Aue, Eisenstod, Löhntz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg besteht ein Bezirksarbeitsnachweis. Dieser bietet den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine kostenlose Vermittlung für Arbeitslosigkeit und Bedarf. Es sei deshalb auch an dieser Stelle auf die uneigennützig Einrichtung hingewiesen, die mit sonstigen öffentlichen und nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen in enger Geschäftsverbindung steht. Namentlich auch den Betriebsunternehmen kann die Benutzung des Arbeitsnachweises angelegentlich empfohlen werden.

Kartoffelverteilung an die Rüstungsarbeiter. Die Industrieervergungsstelle für Sachsen — bisher Feldzeugmeisterkel — gibt bekannt, daß infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten die in Aussicht gestellten Kartoffelverteilungen an die Betriebe mit Rüstungsarbeitern — soweit sie nicht bereits erfolgt sind — zurzeit nicht erfolgen können. Sie vermag auch nicht den Zeitpunkt anzugeben, zu dem die weiteren Verteilungen möglich sein werden. Sie bittet daher, weiterhin Geduld zu üben und Mahnungen und Nachfragen als gänzlich zwecklos zu unterlassen. Um in der Zwischenzeit einigermaßen Befrag zu bieten, ist vorgeesehen, jedem Rüstungsarbeiter ein Pfund Graupen oder Weizhe zukommen zu lassen.

Schnelle Einstellung aller Rüstungsarbeiten. Die Rücksticht auf den Friedensaufbau erfordert eine möglichst schnelle Einstellung aller Rüstungsarbeiten. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte in vollem Umfang weiter zu beschäftigen, wenn die Rüstungsarbeiten pldiglich vollkommener eingestellt werden, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind, so müssen die Heeresaufträge teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeiten werden ebenso wie die bereits ordnungsmäßig abgeklärten Gegenstände seitens der Heeresverwaltung bezahlt.

Keine Besserung der Zuckererzeugung. Ueber die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker erfahren wir an zuständiger Stelle, daß eine wesentliche Verbesserung nicht erwartet werden darf. Die durch Einstellung der Fabrikation von Sprengmitteln freiwerdenden Mengen betragen nur ein Zwünftel der Gesamtproduktion. Die Fabriken sind im allgemeinen beliefert, aber die Transportfrage, die Kostenfrage und die Einführung des achtstündigen Arbeitstages machen große Schwierigkeiten.

Schärfere Bekämpfung des Schleichhandels. Das Reichsernährungsamt plant durchgreifende organisatorische Veränderungen zur umfassenden Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers.

Zur Schuhversorgung. Die Bevölkerung erwartet nach Eintritt der Demobilisierung reichliche Anfälle an Leder- und Schuhwerk, durch die die bisherige Schuh- und Ledernot rasch und vollständig behoben werde. Man muß sich aber vor überschwenglichen Hoffnungen hüten; die Schuhknappheit wird, wie die Reichsstelle für Schuhversorgung erklärt, auch noch weit in das Jahr 1919 hinein bestehen bleiben, wenn auch eine gewisse Milderung erhofft werden kann. Für Leder- und Schuhwerk bleibt daher das Gebot sparsamsten Verbrauches und geordneter Verteilung fortbestehen. Für die Sondergutteilung von Berufsschuhwerk, sowie non Leder für Berufsarbeiter bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Bei der Sparrasse Aue sind im November 1918 845 Einzahlungen — 248 230,87 M., 788 Rückzahlungen — 299 168,45 M., erfolgt.

Warnung vor menschenfeindlichen Schwindlern! Es berechtigt die Gefahr, daß ähnlich wie bei Kriegsausbruch, anlässlich des bevorstehenden Friedens wieder zahlreiche wilde Wuchersbestrebungen sich an die Öffentlichkeit wenden werden, die unter dem Deckmantel der Nächstenliebe und insbesondere der Hilfe für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten und deren Familien Mittel aufbringen wollen. Die während des Krieges gemachten Erfahrungen haben bewiesen, daß es in der überwiegenden

den We...
aus dar...
verei...
stellen...
Spender...
deshalb...
größte...
indischen...
Beitrag...
lichter...
berung...
den an...
fationen...
national...
und We...
Der...
des wege...
Schmann...
gem Vor...
Saut...
wird am...
habe ein...
wurde vo...
meisters...
richte G...
Befängni...
in Vau...
oll, was...
Bode...
Sonnen...
politisch...
xy...
land am...
fremde...
des zum...
niks M...
xy...
willigen...
nangeg...
ferner die...
drücker...
Befähig...
Bina...
der Kreis...
Mitglied...
Vorahme...
worauf...
freiwill...
erfolgten...
in den...
begrüßt...
Wagner...
Zugren...
Freue...
Mit...
direktor...
Der...
Mit ihm...
und mit...
der Hand...
Belgg...
Leipzig...
getreten...
Jedenfall...
und dem...
Fahne...
Weimari...
lorat ang...
26 Jahre...
alten Tod...
wegen v...
wegen d...
Wroße...
Verurteil...
gestellt...
es Waffn...
taufen...
Dress...
Dr. med...
arzt, gest...

Den Mehrzahl dieser Fälle den betreffenden Veranlassern aus demselben Grund, nämlich weil Geld in ihren Händen zu vereinigen, daß aber die gesammelten Beträge nur selten oder gar nicht denen zugute kommen, für die die Spender sie bestimmt glauben. Der Öffentlichkeit wird deshalb empfohlen, allen derartigen Versuchen gegenüber größte Zurückhaltung zu bewahren. Die in der nächsten Zeit zu erwartende Not ist zu groß, als daß Betrüger und Schwindler die Gutgläubigkeit, der Offenheit und Schwermut der Bevölkerung zur Unterstützung der Kriegsnot hergeben will, hat Gelegenheit es den anerkannten gut arbeitenden Vereinen und Organisationen zu überweisen, die auf Wunsch jede Stadtpolizei- oder Staatsverwaltungsbehörde angibt. Darum nochmals: Vorsicht vor „menschenfreundlichen“ Schwindlern und Betrügern!

Der Verband sächsischer Industrieller wählte an Stelle des wegen Krankheit ausscheidenden Geh. Kommerzienrats Behmann-Dresden Fabrikbesitzer Otto Moraas. 3. Sitzung des Vorstandes des Verbandes.

Lauter, 4. Dezember. Schuldirektor Vorwerk wird am Freitag Abend 7 Uhr in der hiesigen Turnhalle einen politischen Vortrag halten. — Verworfen wurde vom Landgericht Zwickau die Berufung des Schneidermeisters Louis Rutschke in Lauter, der vom Schöffengericht Schwarzenberg wegen Diebstahls zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist, weil er der Witwe Barth in Lauter eine Tasche mit etwa 70 Mark entwendet haben soll, was er jedoch bestritt.

Rodau, 4. Dezember. Schuldirektor Illgen wird am Sonnabend, den 7. Dezember in der „Linde“ hier selbst einen politischen Vortrag halten.

XY Jhsorlau, 3. Dez. Im dichtbesetzten Gotteshaus fand am vergangenen Sonntag durch Superintendent Oberkirchenrat Thomas aus Schneeberg die feierliche Einweihung des zum Ortspfarrer gewählten bisherigen hiesigen Pfarrvikars Martin Schöre statt.

XY Neustädtel, 3. Dez. Die Stadtverordneten bewilligten dem Arbeiter- und Soldatenrat ein Berechnungsgeld von 1000 M. als Vorschuss aus der Stadtkasse, ferner die entstehenden Kosten zur Begrabung heimkehrender kriegsruhmreicher Soldaten, welche dem Frauenvereine 200 M. als Beihilfe zu den Begrabungskosten der Gemeindefrau Hilma Geckert, nahmen Kenntnis von den Verordnungen der Kreisbauernschaft Zwickau wegen Ueberschreitung der Mitgliederzahl des Stadtverordnetenkollegiums und wegen Vornahme von Hausdurchsuchungen durch den N. und S. Rat, worauf die St. W. Tränker und S. Bretschneider freiwillig ausstiegen, ferner von der am 1. ds. Mts. erfolgten Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den städtischen Betrieben. Bei Eröffnung der Sitzung begrüßte der Vorsitzende den vom Felde zurückgekehrten St. W. Wagner und dankte dem ausscheidenden St. W. Stellvertreter Zigarettenfabrikant F. Bretschneider für seine zweijährige treue Mitarbeit.

Johannegeorgenstadt, 3. Dezember. Dem bisherigen Oberlehrer C. Waschke ist in Anerkennung seiner Verdienste um unser Schulwesen die Dienstbezeichnung „Wizendirektor“ beigelegt worden. — Am Sonntag wurde hier Herr Louis Morgenstern zur letzten Ruhe gebettet. Mit ihm sank wohl der älteste hiesige Handwerksmeister und mit einer der ersten Arbeiter, die bei Einführung der Handschuhindustrie hier tätig waren, ins Grab.

Leipzig, 2. Dezember. Der Rektor der Universität Leipzig, Geheimrat Professor Dr. Hoelder, ist zurückgetreten. Der Grund zu dem Rücktritt Hoelders liegt jedenfalls in den Differenzen, die zwischen der Universität und dem Arbeiter- und Soldatenrat in Sachen der „Roten Fahne“ entstanden sind, worüber wir gestern berichteten. Geheimrat Hoelder hatte erst vor vier Wochen sein Rektorat angetreten. — Das Reichsgericht verurteilte den 26 Jahre alten Fräulein Josef Maffing und den 24 Jahre alten Techniker Kurt Grohe, beide aus Essen a. d. R., wegen versuchten Landesverrats, diesen zugleich wegen Diebstahls, und zwar Maffing zu 2 Jahren und Grohe zu 2 Jahren und einer Woche Zuchthaus. Die Verurteilten waren bei der Firma Krupp in Essen angestellt. Grohe stahl dort ein Geheimbuch und übergab es Maffing, damit er es an eine feindliche Macht verkaufen sollte, was ihm jedoch nicht gelang.

Dresden, 3. Dezember. Hier ist Geh. Sanitätsrat Dr. med. Paul Osterloh, ein hervorragender Frauenarzt, gestorben.

lage das Privatigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerstückelten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Über alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verfallenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Anechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Arme der überflüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Kampfwille zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Lager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Stoff gewachsen sind, daß das Privatigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechenden Anwendung und vollen Entwicklung.

Das Privatigentum an Produktionsmitteln, welches ebendieses Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandwerker zu proletarisieren und die Arbeiter — Kapitalisten und Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privatigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommenung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Umständen leidet. Über diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessensfreiheiten unter sich, auf dem Boden des Privatigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialistische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialistische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. (Schluß folgt.)

Letzte Drahtnachrichten.

Die Absichten unserer Feinde.
Berlin, 3. Dez. In der Kronungzeitung heißt es: Die Entente betrachtet die Feindseitigkeiten noch nicht als endgültig beendet. England demobilisiert noch nicht, Frank-

reich erklärt gleichfalls die eigentliche Demobilisierung noch nicht für möglich, und Amerika will von Mitte Dezember an zwar täglich 20 000 Mann entlassen, deren Militärtransport aber von dem geringen Schiffsraum abhängt. Für die Pläne, welche die Entente oder Teile von ihr, sei es gegen Deutschland, sei es gegen Rußland, haben, braucht sie erhebliche Mengen von Truppen, Artileriematerial und Schiffsraum. Diese Pläne gehen bei England bis zur Neuordnung Rußlands, die selbst die Besetzung von Moskau und Petersburg ins Auge faßt, bei den Franzosen — wir wollen uns garnicht darüber täuschen, daß mindestens in der französischen Generalität solche Absichten sehr lebendig sind — bis zum Einzug in Berlin.

Von der Wiktorenkonferenz in London.
London, 2. Dezember. Reuters erzählt von maßgebender Seite, daß die weiteren Beratungen auf der englisch-französisch-italienischen Konferenz keine Verhandlungsverschiedenheit irgend welcher Art zu Tage gebracht haben, und daß man zu einigen entscheidenden und wichtigen Beschlüssen gekommen ist. Die Regelung des Friedens wurde in ihren Grundzügen besprochen. Die nächste Sitzung wird morgen stattfinden. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß vor dem Schluß der Konferenz nichts über die Einzelheiten der besprochenen Fragen mitgeteilt werden kann. Die erreichten Beschlüsse seien definitiv. Wie mitgeteilt wird, werden die morgigen Verhandlungen sich mit Angelegenheiten beschäftigen, die mit diesen Beschlüssen im Zusammenhang stehen.

Die Schuld am Kriege.
Bern, 3. Dezember. Die sozialistische Presse Frankreichs verurteilt in sehr scharfer Weise die Kampagne der nationalbürgerlichen Presse gegen den deutschen Vorschlag auf Untersuchung der Schuld am Kriege durch eine neutrale Kommission.

„Populaire“ sagt: Diese Kampagne ist in schlechtem Vorpiel für die Gesellschaft der Nationen, von der trotz aller Sarkasmen Clemenceau doch einige Male ernsthaft die Rede war. Man werde eines Tages und bald doch wissen müssen, warum es zum Kriege kam und welches die tiefen Gründe des Krieges waren. Wir kennen die allgemeinen Maßnahmen Deutschlands, um in Zukunft solche Katastrophen zu verhindern. Die einzige Kommission, die jedoch bei der Untersuchung der Frage der Schuld einen Wert habe, müsse durch das sozialistische Proletariat gebildet werden, das durch die Arbeiterinternationale vertreten ist.

Der Schaden der belgischen Industrie.
Brüssel, 3. Dezember. (Havas.) Der Hauptausfluß für die Industrie schätze den durch den Krieg bewirkten Schaden der belgischen Industrie auf Grund ihrer ersten Untersuchung auf 8 560 Millionen Francs.

Eine Konferenz deutscher Finanzminister.
Stuttgart, 3. Dezember. Im Finanzministerium begann gestern Abend die Konferenz deutscher Finanzminister über Steuerfragen.

Vom Gouvernemenet AÖN.
AÖN, 3. Dezember. Das Gouvernemenet AÖN ist nach Kloppeburg in Odenburg verlegt. Seine Geschäfte im Gouvernementsbezirk hat bis auf weiteres der deutsche Generalstabsoffizier im Bräuterkopf übernommen.

Das Tschekien.
Prag, 3. Dezember. Der Unterrichtsminister Gubernikoff erklärte in einer Bekanntmachung, daß in kürzester Zeit eine große Zahl tschechischer Regimenter als Ententemilitär mit allem Kriegsmaterial in Begleitung italienischer Offiziere in Prag ankommen wird. — Wie „Ceske Slovo“ von zuständiger Seite erfährt, sind im Hafen von Vordang ungeheure Mengen für den tschechoslowakischen Staat bestimmter Lebensmittel und Stoffe aus Amerika eingelaufen. (1)

Vermischtes.
Hindenburg in elegischer Stimmung. Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Ullrich berichtete in einer Rede in Schönow an der Rappbach (Schlesien) folgendes über ein Gespräch mit Hindenburg: Hindenburg gab seiner Rede zu Schlesien bereiten Ausdruck und sagte: Früher habe er in seinem Lande etwas gegolten, heute sei das vorüber. Er habe aber das Empfinden, seine Pflicht getan zu haben. Im Osten habe er den Feind geschlagen, im Westen sei dieser ferngehalten vom deutschen Boden. Mehr habe er nicht tun können. Daß es anders als erwartet gekommen sei, „wer weiß, wozu das gut ist!“

Küchennachrichten.
St. Nicolai.
Donnerstag, den 3. Dezember, fällt der Helferrinnenabend aus. Nr. 2 des Auer Altgebirges ist erschienen und liegt von Freitag, den 6. Dezember, nachm. 3 Uhr, zur Abholung in der Pfarramtstangli bereit.

Freibühnen.
Mittwoch, den 4. Dezember abends 8 Uhr: Abenteurerfahrt im Auenlandensaal.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Zschmann. — Druck und Verlag: Neue Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. B. D.

Das Erfurter Sozialistische Programm.

Am 1. Dezember fand im Großen Saale des „Mittelplatz“ in Berlin eine von der Sozialdemokratie veranstaltete Kundgebung statt, in welcher Oberst u. a. sagte: „Für die Sozialdemokratie ist der Weg hier zu klar vorgezeichnet durch das Erfurter Programm der Partei, für dessen Grundzüge die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre lang gekämpft hat usw.“ Jedem Deutschen wird es nunmehr Bedürfnis sein, dieses Programm näher kennen zu lernen. Es enthält folgendes:

„1. Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grund-

Erreichtes Ziel.

Roman von G. Waldbrühl.

(Nachdruck verboten.)

„Woh! Es nimmt mich wunder, daß Sie sich darauf eingelassen haben. Sie müßten ja schließlich am allerbesten wissen, wie sinnlos seine Behauptungen sind.“

„Ich hielt es für ein Gebot der Gerechtigkeit, ihn zu empfangen. Und ich konnte bei der Gelegenheit feststellen, daß er mir kein Fremder mehr war.“

„So, sollte etwas Wahres sein an der abenteuerlichen Geschichte, die er meinem Bureauvorsteher erzählte?“

„Sofort er erzählt haben sollte, daß wir uns auf der Ueberfahrt nach Europa kennengelernt haben, und daß er das Mißgeschick hatte, vom Bord des Schiffes ins Meer zu stürzen, hätte er allerdings die volle Wahrheit gesagt.“

„Hm! Aber er erzählte noch mehr. Er behauptete, daß er sich Ihnen schon auf dem Schiffe als Herbert Vohberg vorgestellt und Ihnen andeutungsweise von dem Zweck seiner Reise gesprochen habe.“

„Auch damit hat es seine Richtigkeit. Er sagte, daß er infolge einer an ihn ergangenen Aufforderung nach Deutschland fahre, und er nannte sich Herbert Vohberg aus Quinco.“

„Und Sie glaubten ihm das? Sie fanden nichts Merkwürdiges in dieser Uebereinstimmung Ihres Namens mit dem seinigen?“

„Gewiß schien mir das Zusammentreffen höchst sonderbar. Aber am Ende gibt es doch noch wunderbarere Zufälle im menschlichen Leben. Und da ich nichts von Herrn Bendriner und seinem Testament wußte, hatte ich auch gar keine Veranlassung, mir viele Gedanken darüber zu machen.“

Der Justizrat sah mit auffallend erstem Gesicht vor sich hin.

„Darf ich fragen,“ sagte er nach einem kleinen Schweigen, „welches Ergebnis Ihre Unterredung mit dem anwaltlichen Vohberg hatte?“

„Nachdem ich die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß ich es nicht, wie ich anfänglich vermutet, mit einem Selbstmörder zu tun hatte, habe ich ihm die Tür geöffnet. Er entfernte sich unter Drohungen, nachdem er die kleine Unterstützung angenommen, die ich ihm geboten.“

„Sie haben vielleicht nicht recht getan, dem Manne Geld zu geben. War es eine größere Summe?“

„Nein. Nur ein Betrag von fünfshundert Mark.“

„Auch das würde ich an Ihrer Stelle nicht getan haben. Gewannen Sie den Eindruck, daß es dem Menschen ernst war mit seinen Drohungen, die Sache weiter zu verfolgen?“

„Den Eindruck hatte ich allerdings.“

„Dann werden Sie sich möglicherweise auf allerlei Kerger und Verdruß gefaßt machen müssen. Wünschen Sie, daß ich irgend etwas in der Sache unternehme?“

„Was können Sie denn tun, Herr Justizrat?“

„Ich würde empfehlen, dem Burschen durch eine Anzeihe beim Staatsanwalt zuzugestehen. Dies würde jedenfalls der schnellste und beste Weg sein, ihn zu einem Eingeständnis seiner betrügerischen Absichten zu zwingen und sich damit gegen alle weiteren Belästigungen zu schützen.“

Herbert dachte ein wenig nach; dann schüttelte er den Kopf.

„Vorerst möchte ich diesen Weg doch lieber nicht einschlagen. Es ist ja möglich, daß er bereits die Ueberzeugung von der Aussichtslosigkeit seines abenteuerlichen Planes gewonnen hat und sich mit der geringen Beute begnügt. Nur eine Bitte möchte ich Ihnen noch aussprechen. Ich sagte Ihnen bereits, daß mir bis zu dem Augenblick, wo ich von Ihnen über das Testament des Herrn Bendriner unterrichtet wurde, nicht die geringste von irgendwelchen Beziehungen zwischen ihm und meinem Vater bekannt geworden war. Und es wäre mir jetzt von doppeltem Wert, etwas Näheres über diese Beziehungen zu erfahren. Hat sich denn Bendriner Ihnen gegenüber niemals darüber geäußert?“

„Nicht, daß ich mich erinnern könnte. Ich erfuhr von seiner Abicht, den Sohn eines in America verstorbenen

alten Freundes zu seinem Universalerben einzusetzen, erst aus einem Briefe, den er mir vor Errichtung des Testaments geschrieben.“

„Besteht sich dieser Brief vielleicht noch in Ihrem Besitze?“

„Das ist wohl möglich. Wünschen Sie, daß ich ihn so gleich herausjagen lasse?“

„Dafür wäre ich Ihnen in der Tat sehr dankbar, Herr Justizrat.“

Wallerstein klingelte und erteilte dem eintretenden Bureauvorsteher einen Auftrag. Als Bendriner das Zimmer wieder verlassen hatte, sagte Herzert:

„Ist es Ihnen übrigens bekannt, daß Bendriner verheiratet war?“

Das Erstaunen des Justizrats war sicherlich ungekünstelt.

„Nein, es ist das erste, was ich höre“, erklärte er. „Und ich bin sehr geneigt zu glauben, daß Sie sich, da in einem Irrtum befinden. Wenn es sich so verhielte, würde mir Bendriner doch sicherlich bei irgendeiner Gelegenheit davon gesprochen haben.“

„Ich fand die in England ausgefertigte Heiratsurkunde in einem Geheimfach des Schreibtisches. Bendriner hatte, wie mir der Verwalter Reinick erzählte, alle in dem Schreibtisch enthaltenen Papiere kurz vor seinem Tode vernichtet. Dies Dokument aber scheint durch einen Zufall dem Feuerode entgangen zu sein.“

„Besitzen Sie das Schriftstück noch, Herr Vohberg?“

„Es liegt an demselben Orte, an dem ich es gefunden, denn ich konnte mich selbstverständlich nicht besugt halten, es zu vernichten.“

„War die Urkunde älteren Datums?“

„Ich erinnere mich des Zeitpunktes der Ausstellung nicht mehr genau; aber ich glaube sicher, daß er um zweiundzwanzig oder noch mehr Jahre zurückliegt.“

(Fortsetzung folgt.)

Nationalliberaler Verein Aue u. U.

Freitag, den 6. Dezbr., abends 8 Uhr

Versammlung

im Sonderzimmer des Kaffeehauses Temper.

Tagesordnung: Aufgaben der Gegenwart.

Der Vorstand.

Demokrat. Volksversammlung in Lauter

Freitag, den 6. Dezbr., abends 7 Uhr, findet in der „Turnhalle“ in Lauter eine

Demokratische Volksversammlung

statt, zu der alle Volksgenossen und Volksgenossinnen hierdurch eingeladen werden.

Redner: Herr Schuldirektor Borwerk, Untersachsenberg.

Der Demokratische Wahlverein fürs Erzgebirge.

Bücherrevisor
L. Breitschuch, Aue.
Spezialist für Steuerangelegenheiten jeder Art, Selbstkostenberechnung usw.
Büro
für Gesuche, Eingaben usw. an Zivil- und Militär-Behörden.
Privat-Institut
für Unterricht in Buchführung, Maschinenschreib., Stenographie und sonstigen Handelsfächer! Gewissenh. Einzelunterricht, Beginn täglich. Teilzahlung.
Wettlinerstraße 46. Fernsprecher 725.

Zöpfe
Herrenwäsche
Annahmestelle
Sävierrimmen und Reparatur!

Die Homöopath. Abteilung
von
Kuntze-Apothek
bringt Ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung.
Für möglichst bald wird eine

geräum. Wohnung,
bestehend aus 4-5 Zimmern nebst Zubehör mit Gas und elektrischem Licht,
zu mieten gesucht.
Angebote unt. N. T. 5444 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Glasverschlag mit Tür
(Vorwand), 200 cm hoch, 200 cm lang und 200 cm hoch, zu kaufen gesucht.
Blag Gorfner, Aue, Wittlstr. 85.

Herrenwäsche
Herrenwäsche
Annahmestelle
Sävierrimmen und Reparatur!

Herrenwäsche
Herrenwäsche
Annahmestelle
Sävierrimmen und Reparatur!

Herrenwäsche
Herrenwäsche
Annahmestelle
Sävierrimmen und Reparatur!

FAG Wir suchen
zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn tüchtige
Schlosser
für Schult- und Stanzbau in dauernde Beschäftigung.
Frankonia - Aktien - Gesellschaft, vorm. Albert Frank, Beierfeld, Sa.

Hermann Heymann,
Orthopädische Werkstatt, Aue i. Erzgeb.
Orthop. Mechaniker, Bandagisten, orthop. Schuhmacher für Wundpark. u. Rep.

Der Verband der Metallindustriellen
i. V.
Im Bezirk Zwickau gibt nachstehende Stellenangebote seiner Mitglieder-Firmen bekannt:
Tüchtige selbstständig arbeitende
Kastenmacher
worden sofort eingestellt.
Horchwerke, Aktiengesellschaft, Zwickau i. Sa.

Geübte Wäscheausbesserin
Hies Haus sucht
Frau Karver Rehmiller.
Auisändiges, sauberes
Rüchen- und Hausmädchen
für sofort gesucht.

Hotel Goldne Sonne, Schneeberg.
Billige Zöpfe
u. gute
Herrenpelzfrag.

Wohnungsangebot!
Wohnungsangebot!

Haus
Ein neuer
Kinematograph
mit lebenden Bildern zu verk. Bodauerstr. 60, 1. l.
Wappenzug

Lauter.
Nebenverdienst
Lehrling

Am 3. ds. Mts. früh 5 Uhr verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Tochter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante
Klara Pauline Mehlhorn
Im 38. Lebensjahre.
In tiefster Trauer
Marie verw. Mehlhorn
und alle übrigen Hinterbliebenen.
Aue, den 3. Dezember 1918.
Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen findet Freitag, den 6. Dezember, nachm. 7/2 Uhr vom Trauerhause, Mozartstr. 2, aus statt.

noch in
und au
die Ju
baren
g u n g
Leben
bergeh
fa m m
die Wa
unter g
ten Ter
Den
den sid
muß.
Da
feiner
die nich
so ist
sejung
wärts g
Uu
So wol
seyes A
eins ne
geform
befugnt
werfen
bindung
eingega
wirtsch
Wartel
sich für
Unabhä
entwegt
und Be
halten
g lie d
der tem
von Be
renden
tung a
Zatfah
mel grä
Arbeits
lichem
Der
nade g
Adritte
verorft
In
aus B
auf eig
Erzberg
th. W
nicht, d
Beuge
öffentl
als pfl
ind w
landsch
St
und Co
nommer
Zrämme
gang u
weisen,
so nicht
Wit
Fronte
Unter
finden,
güft ge
Stie g